



**Stadt
Lucern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Bevölkerungsantrag 151

Denis Kläfiger, Milca Tangeman und
Nico Planzer namens der Antragstellenden
vom 16. November 2017
(StB 271 vom 9. Mai 2018)

**Wurde anlässlich
Ratssitzung vom
20. September 2018
als Postulat teilweise
überwiesen.**

Ja zur offenen Regenbogenstadt Luzern

Der Stadtrat nimmt zum Bevölkerungsantrag wie folgt Stellung:

Das «Rainbow Cities Network» ist ein Zusammenschluss mehrheitlich europäischer Städte mit dem Ziel, auf lokaler Ebene Diskriminierungen zu beseitigen, die aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität entstehen. Zum Zeitpunkt des letzten Jahrestreffens im November 2017 waren dem Netzwerk 32 Städte aus folgenden Ländern angeschlossen: Belgien, Brasilien, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Schweiz, Slowenien, Spanien und Türkei.

Die Antragstellenden ersuchen den Stadtrat, dem Netzwerk beizutreten, um damit die Anliegen der LGBTI-Bevölkerung systematisch in die städtische Politik zu integrieren.

Das Akronym «LGBTI» setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der englischen Begriffe **l**esbian, **g**ay, **b**isexual, **t**ransgender und **i**ntersexual zusammen. Gelegentlich werden anstelle von LGBTI auch Ausdrücke wie «Queers» oder «queere Menschen» verwendet. Die Begriffe bezeichnen Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten, deren gemeinsames Merkmal es ist, dass sie nicht in die Norm der Heterosexualität und des eindeutigen Zweigeschlechtersystems passen (wollen).

Zum Rainbow Cities Network

Die wichtigsten Ziele des Netzwerks sind:

- Förderung des Einbezugs von LGBTI-Menschen und Erhöhen der Sichtbarkeit von LGBTI-Themen;
- Austausch von Erfahrungen, Fachwissen, Materialien, bewährten Praktiken und Herausforderungen;
- Sondierung möglicher gemeinsamer Aktionen zu besonderen Tagen, Ereignissen oder Gelegenheiten;
- Entwicklung von gemeinsamen Projekten / Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr Städten.

Die Mitgliedsstädte verpflichten sich schriftlich:

- Eine aktive LGBTI-Politik zu betreiben;
- LGBTI-Themen in ihre allgemeine kommunale Politik einzugliedern und dafür Ressourcen bereitzustellen;
- Alljährlich eine Übersicht über die Massnahmen bezüglich der LGBTI-Politik zu erstellen, welche auf der Website des Netzwerks veröffentlicht wird;
- Eine für LGBTI-Themen verantwortliche Person der kommunalen Verwaltung zu benennen, die im Netzwerk mitwirkt. Sie ist verpflichtet, an jeder Jahresversammlung teilzunehmen und sich aktiv am Austausch innerhalb des Netzwerks zu beteiligen (z. B. Austausch von Good-Practice-Beispielen).

Für die Aufnahme im Rainbow Cities Network erstellt die gesuchstellende Stadt einen sogenannten «one-pager», in welchem sie u. a. die städtische LGBTI-Politik darlegt, ihre Ziele definiert, Schwerpunkte umschreibt und die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen auflistet. Ein Memorandum of Understanding regelt Einzelheiten. Die für LGBTI-Themen zuständige Person ist namentlich zu bezeichnen. Die Mitgliedsgemeinden entscheiden über die Aufnahme eines neuen Mitgliedes. Wenn sie befürchten, dass die Mitgliedschaft bloss als simple Marketingmassnahme beantragt wird, lehnen sie das Gesuch ab.

Gemäss Auskünften der Stadt Zürich müsse das Thema strukturell verankert sein, wozu es ein gewisses Minimalmass personeller und finanzieller Ressourcen bedürfe. Das Thema sei notwendigerweise in die Verwaltungstätigkeit einzugliedern. In der Stadt Bern wurde per Anfang März 2018 eine Fachperson in einem 80-Prozent-Pensum eingestellt, damit das Gesuch um Mitgliedschaft im Hinblick auf das Jahrestreffen im kommenden November gestellt werden kann. Der strategische Fokus wird dabei einerseits gegen innen gerichtet, um das Informationsdefizit in der Verwaltung zu beheben. Andererseits scheint das Verwaltungshandeln ungenügend auf das Bedürfnis der Kundinnen und Kunden ausgerichtet zu sein, weshalb die Dienstleistungen der Stadt anzupassen seien.

Sowohl in Zürich als auch in Bern existieren Fachstellen für Gleichstellung von Frau und Mann, die mit mehreren Stellen besetzt sind. Die LGBTI-Ansprechpersonen sind in diese Fachstellen eingegliedert.

Zur Situation in Luzern

In Luzern existieren mehrere Organisationen, die sich im Themenfeld beschäftigen. Die Angebote in und aus der «Community» in Luzern sind vielfältig. Nach Einschätzung von Exponenten dieser Community dürfe das Angebot in Luzern für eine Stadt dieser Grösse sogar als besonders gross eingeschätzt werden. «Milchjugend» und «Kopfkino» sprechen junge Menschen an, «Queer Office» ist für Menschen in den mittleren Lebensjahren wichtig, während «Pink Panorama» seit 15 Jahren auch ein reiferes Publikum und Personen anspricht. FELS (**F**reundinnen, **F**reunde, **E**ltern von **L**esben und **S**chwulen) und «GLL – das andere Schulprojekt» besuchen Schulen, um Jugendliche über Homo- und Bisexualität aufzuklären. Das «Queer Bad» im Neubad lädt wöchentlich zum Austausch ein, die «Milchbar» im Treibhaus zweiwöchentlich.

Die in Luzern existierende Community ist tragfähig und initiativ. Sie basiert auf Ehrenamtlichkeit und wird von der Stadt Luzern nur indirekt unterstützt. Unterschiedliche Förderinstrumente vom FUKA-Fonds bis zum Projektpool Quartierleben ermöglichen die Unterstützung von queeren Veranstaltungen.

Das Regionale Zivilstandsamt Luzern registrierte in den vergangenen fünf Jahren jährlich zwischen 8 und 17 eingetragene Partnerschaften (bei 580 bis 630 Hochzeiten). Geschlechtsumwandlungen sind selten, sie kommen maximal einmal jährlich vor. Geburten, bei denen das Geschlecht nicht eindeutig ist, sind etwas häufiger. Die massgeblichen Verfahrensvorschriften basieren dabei auf Bundesrecht. Der Verband der Zentralschweizer Zivilstandsämter tauscht sich in internen Workshops auch zu diesbezüglichen Fragestellungen aus.

Die Stadt Luzern hat zurzeit keine LGBTI-Politik definiert. Es fehlen auch in vielen anderen Bereichen explizite strategische Aussagen über den Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten. Eine Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann gibt es nicht. Verwaltungsintern nimmt sich die Dienstabteilung Personal im Rahmen ihrer allgemeinen Tätigkeiten den Themen an.

Der Stadtrat teilt die generellen Ziele der Rainbow Cities. Als Zentrumsstadt soll und will auch Luzern diesbezügliche Offenheit signalisieren und leben. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen gleichermassen Zugang zu städtischen Dienstleistungen erhalten. Die Stadt Luzern verpflichtet sich der Achtung von Vielfalt.

Der Ressourcenbedarf indes, um im Rainbow Cities Network mitzuwirken, ist beträchtlich. Eine Mitwirkung im Netzwerk würde personelle Aufstockungen notwendig machen. Sinnvollerweise würden zugleich Pensen für die Gleichstellung von Frau und Mann gesprochen, da in gewissen Teilbereichen Schnittstellen bestehen. Der Stadtrat hat bisher davon Abstand genommen. Er schlägt daher vor, auf die Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network zu verzichten.

In Anbetracht der grossen Engagements verschiedener lokaler Organisationen erscheint es dem Stadtrat angemessen, die Möglichkeiten zu prüfen, wie diese spezifisch gefördert werden könnten. Diese Unterstützung soll über die bisherige Veranstaltungsförderung hinausgehen. Damit will der Stadtrat die wertvollen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten stärken. Zudem ist er bereit, die konkreten finanziellen und personellen Konsequenzen für die Stadt Luzern bei einer Mitgliedschaft zu prüfen.

Der Stadtrat nimmt den als Postulat zu behandelnden Bevölkerungsantrag teilweise entgegen.

Stadtrat von Luzern